

INHALT

1. Bildungsministerin stellt kleine Schulen in Frage
2. Bundesverordnung schließt Fracking in Schleswig-Holstein aus
3. Tourismusabgabe darf keine versteckte Steuer werden
4. Weiterhin positive Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein
5. Kommende Woche tagt die CDU-Landtagsfraktion im Kreis Segeberg

01.03.2013

Bildungsministerin stellt kleine Schulen in Frage

Für Wende geht Erhalt kleiner Schulen „auf Kosten der Schulen, die gut aufgestellt sind“



Heike Franzen, MdL

Die CDU-Fraktion hat bereits öfter davor gewarnt, dass SPD, Grüne und SSW trotz anders lautender Beteuerungen das Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ in Frage stellen werden. Im Rahmen einer Veranstaltung vor 300 Teilnehmern in Lübeck (Link siehe unten) hat Bildungsministerin Professor Waltraud Wende sich jetzt dafür ausgesprochen, Schulstandorte zusammen zu fassen, um die knappen Lehrerstellen sinnvoller einzusetzen. Sie müsse hart sein, so Wende: "Betroffene Schulen wollen Ausnahmeregelungen, aber das geht auf Kosten der Schulen, die gut aufgestellt sind."

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen erklärte in einer Pressemitteilung, damit versuche Wende nur, ihre wahren Beweggründe zu verschleiern:

„Erst in der vergangenen Woche hat Wende für die Schaffung neuer kleiner Oberstufen an Gemeinschaftsschulen plädiert, deren pädagogische Sinnhaftigkeit von allen Experten in Frage gestellt wird. Diese Oberstufen erfordern mindestens 90 Lehrerstellen. SPD, Grüne und SSW

haben aber nur 20 bewilligt. Nun wissen wir, wo die fehlenden Stellen für diese von der Koalition unbedingt gewollten Oberstufen herkommen sollen“, so Franzen.

Die bildungspolitischen Pläne von SPD, Grünen und SSW erforderten viel mehr Personal, als diese öffentlich darstellten. Die nötigen Stellen sollten nun offenkundig von den kleinen Schulstandorten abgezogen werden.

Wende enttäusche damit auch persönlich die engagierten Mitglieder des „Netzwerk Dorfschulen“, denen sie zuletzt mehrfach durch ihre Aussagen Hoffnung gegeben habe.

„Die Ministerin hat die von Schließung bedrohten Schulen gerade erst aufgefordert, für das Land kostenneutrale pädagogische Konzepte zu entwickeln. Dann bestünde eine Chance für die Standorte“, erklärte Franzen.

Link zum Artikel:

<http://www.ln-online.de/Lokales/Luebeck/Bildungsministerin-Wende-stellt-kleine-Schulen-in-Frage>

Bundesverordnung schließt Fracking in Schleswig-Holstein aus Callsen wirft Umweltminister Habeck Spiel mit Sorgen und Ängsten der Menschen vor



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen hat Umweltminister Robert Habeck wegen dessen Vorwurf an Bundesumweltminister Peter Altmaier, dessen in dieser Woche vorgestellte „Fracking-Verordnung“ sei eine „Nullnummer“, scharf kritisiert:

„Umweltminister Habeck spielt mit den Sorgen und Ängsten der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner“, erklärte Callsen in Kiel. Der schleswig-holsteinische Grünen-Politiker hatte unter anderem behauptet, Altmaier habe sich von seinem FDP-Kollegen Rösler „über den Tisch ziehen lassen“.

Callsen wies anhand der öffentlichen Dokumente nach, dass Altmaiers Verordnungsentwurf (Link unten) exakt die Forderungen des Bundesrats- und Landtagsbeschlusses wieder gebe, denen sowohl die CDU-, als auch die Regierungsfractionen und die Landesregierung in Schleswig-Holsteinzugestimmt haben. (Links ebenfalls unten)

„Auf der Grundlage des Entwurfes der Bundesregierung wird es in Schleswig-Holstein kein

Fracking geben. Die darin enthaltenen Hürden beim Grundwasserschutz und bei Umweltverträglichkeitsprüfungen sind so hoch, dass Fracking in in unserem Land nicht genehmigt wird“, so Callsen.

Wenn Habeck statt dieser von ihm mitbeschlossenen Regelungen öffentlich auf einmal ein bundesgesetzliches Verbot fordere, dann sei dies reiner Populismus im Vorwahlkampf.

Link zum Verordnungsentwurf:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/V/verordnung-zur-aenderung-der-verordnung-ue-ber-die-umweltvertraeglichkeitspruefung-bergbaulicher-vorhaben,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Link zum fraktionsübergreifenden Landtagsantrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0386.pdf>

Links zu den Bundesratsdokumenten:

http://www.bundesrat.de/cln_350/SharedDocs/Drucksachen/2012/0701-800/754-1-12,templated=raw,property=publicationFile.pdf/754-1-12.pdf

http://www.bundesrat.de/cln_350/SharedDocs/Drucksachen/2012/0701-800/754-12_28B_29,templated=raw,property=publicationFile.pdf/754-12%28B%29.pdf

Tourismusabgabe darf keine versteckte Steuer werden

Ausgestaltung des Kommunalabgabengesetzes muss im Dialog mit Betroffenen erfolgen



Hartmut Hamerich, MdL

Die Landesregierung hat diese Woche einen Kabinettsentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vorgelegt. Demnach soll es zukünftig neben den 185 anerkannten Kur- und Erholungsorten im Land auch weiteren Städten und Gemeinden – nach Anerkennung als Tourismusort – möglich sein, eine eigene Tourismusabgabe zu erheben. Diese würde im Gegensatz zur bisherigen „Kurtaxe“ nicht mehr direkt vom Gast, sondern über die touristischen Betriebe eingezogen.

Der tourismuspolitische Sprecher der CDU- Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hartmut Hamerich, begrüßte im Grundsatz die Debatte über eine Tourismusabgabe in Schleswig-Holstein. „Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Tourismusorte die Mittel aus der neuen Abgabe nicht einfach als Einnahme zum Stopfen ihrer Haushaltslöcher verwenden. Das Geld muss dem Tourismus vor Ort zu Gute kommen“, so Hamerich.

Die Landesregierung müsse die konkrete Ausgestaltung des Kommunalabgabengesetzes

deshalb nun transparent und im Dialog mit den Betroffenen vor Ort und dem Parlament vorantreiben. Dabei müsse sichergestellt werden, dass es weder zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Tourismusstandorten noch zu einer Doppelbelastung der Betriebe komme. Die „Bettensteuer“ gehöre in diesem Fall abgeschafft.

„Sollte eine Tourismusabgabe kommen, dann muss die Bettensteuer weg. Dazu erwarte ich eine eindeutige Aussage der Landesregierung. Ein Nebeneinander der beiden Abgaben darf es nicht geben, weil dies dem Wettbewerb der Tourismusorte untereinander mehr schadet, als es dem Tourismusstandort Schleswig-Holstein insgesamt nützt“, so Hamerich abschließend.

Weiterhin positive Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein Niedrigster Februarwert seit 1993

Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein bleibt weiterhin robust. Das geht aus den gestern veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen für Februar hervor. Demnach stieg die Arbeitslosenzahl, saisonal bedingt geringfügig um 700 Personen im Vergleich zum Vormonat. Im relevanten Vergleich zum Vorjahresmonat sank sie jedoch um 1000 Personen und liegt damit auf dem niedrigsten Februarstand seit 1993.

Insgesamt waren im Februar 109.700 Beschäftigte in Schleswig-Holstein ohne Job. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,6 Prozent. Im Vorjahresmonat lag diese noch bei 7,7 Prozent. Insgesamt erfreulich ist der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Beschäftigten hier um 9.100 gestiegen. Größten Anteil daran haben der Handel (3.200 zusätzlich), der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (1.600 zusätzlich) und das verarbeitende Gewerbe (1.100 zusätzlich). Im Bereich der Zeitarbeit wurden hingegen 1.100 Stellen abgebaut.

Link zum Arbeitsmarktbericht:

<http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/Februar-2013.pdf>

Kommende Woche tagt die CDU-Landtagsfraktion im Kreis Segeberg Austausch mit Kommunalpolitikern vor Ort geht weiter

Nach dem die CDU-Fraktion im Februar im Kreis Ostholstein den Auftakt für ihre regelmäßigen auswärtigen Tagungen gemacht hatte, folgt nächste Woche der Kreis Segeberg. Die Fraktion wird kommenden Dienstag in der Kreisstadt Bad Segeberg ihre reguläre wöchentliche Fraktionssitzung gemeinsam mit Mitgliedern der Kreistagsfraktion Segeberg abhalten.

Im Vorwege werden die Fraktionsarbeitskreise (FAKs) verschiedenen Einrichtungen im Kreis besuchen und mit Lokalpolitikern und Interessenvertretern vor Ort ins Gespräch kommen. Auf dem Programm stehen dabei am Vormittag der Besuch der Altenpflegeschule IBAF in Norderstedt, des Wegezweckverbands in Segeberg, sowie der AKN Eisenbahn AG.

Am Nachmittag wird die Landtagsfraktion gemeinsam mit Vertretern der Kreistagsfraktion Segeberg und dem örtlichen Bundestagsabgeordneten, Gero Storjohann, MdB, tagen und sich über verschiedene Themen des Kreises auszutauschen.

Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de